

Pressemitteilung

10.07.2013

Anfrage von Vockert und McAllister zur Unterrichtsversorgung: CDU-Politiker sind in Sorge um die Gymnasien im Cuxland

Landkreis Cuxhaven. Um die öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien im Landkreis Cuxhaven sorgen sich die CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Vockert und David McAllister. Aus diesem Grund haben sie eine Anfrage an die Niedersächsische Landesregierung gerichtet. Konkret wollen sie wissen, wie hoch die aktuelle Unterrichtsversorgung am Niedersächsischen Internatsgymnasium Bad Bederkesa, am Gymnasium Wesermünde in Bremerhaven sowie am Lichtenberg-Gymnasium in Cuxhaven und dem Amadeus-Abendroth-Gymnasium in Cuxhaven ist. Außerdem interessieren sich die beiden Landtagsabgeordneten für die aktuellen Zahlen der Unterrichtsversorgung am Gymnasium Waldschule Hagen-Beverstedt, dem Gymnasium Warstade in Hemmoor sowie den Gymnasien in Langen, Loxstedt und Otterndorf.

Astrid Vockert und David McAllister wollen von der Landesregierung wissen, wie viele Lehrkräfte an diesen Gymnasien zum kommenden Schuljahr 2013/2014 ausscheiden und welche der freiwerdenden Stellen neu besetzt oder eben auch nicht neu besetzt werden.

Hintergrund der Anfrage: Landesweit gehen zum neuen Schuljahr 330 Lehrkräfte an den Gymnasien in Pension, aber lediglich 225 Stellen werden neu besetzt! Demgegenüber fallen an den Gesamtschulen in Niedersachsen 170 Stellen weg und 370 (!) neue Stellen sind ausgeschrieben worden. Diese Umschichtungen von Lehrerstellen werden damit begründet, dass die Gymnasien eine Unterrichtsversorgung von weit mehr als 100 Prozent hätten.

Nun wollen Astrid Vockert und David McAllister mit Hilfe ihrer Anfrage an die Landesregierung dieser Personalpolitik auf den Grund gehen. Astrid Vockert: „Wir haben den begründeten Verdacht, dass Rot/Grün entgegen ihren Wahlkampfversprechen die Gesamtschulen eindeutig bevorzugt und die Gymnasien „ausbluten“ lassen wollen, ohne diesen offen darzustellen.“

David McAllister fügte hinzu, dass die CDU keine Gegnerin der Gesamtschulen sei und diese Schulform durchaus ihre Existenzberechtigung habe würde. Sie dürfe jedoch nicht „durch eine klare Favorisierung in der Praxis“ zu einer „Einheitsschule“ werden. „Inzwischen“, so David McAllister, „sind massive Zweifel an den Aussagen des niedersächsischen Ministerpräsidenten erlaubt, wonach die Gymnasien von ihm nichts zu befürchten hätten.“